

Forderungen des DGB-Kreisverbandes Lauenburg an die kommunale Ebene im Kreis

Vorbemerkung

Arbeitsplatzsicherheit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, gute Bildungschancen, gute medizinische Versorgung, intakte Umwelt und gute Verkehrsverbindungen sind Aufgabenfelder für kommunalpolitisch Verantwortliche. Diese Aufgabenfelder müssen ständig weiterentwickelt werden. Ziel sollte es sein, dass es den Menschen stetig besser geht.

Der DGB-Kreisverband Lauenburg will mit diesen Forderungen Diskussionen anregen – zeitlich weit über den Wahltermin für die Kommunalparlamente hinaus. Diese Gespräche werden wir transparent führen – auch in den Medien und in direkten Gesprächen mit allen demokratischen Parteien. Dabei bekennt sich der ehrenamtliche Kreisvorstand des DGB zu parteipolitischer Neutralität.

Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Dachverband der Einzelgewerkschaften, konzentrieren sich in erster Linie auf Themen, die die arbeitenden Menschen betreffen – natürlich auch jene, die Arbeit suchen und Weiterbildung und Ausbildung anstreben. Konkrete Hilfe und Unterstützung sind uns wichtig.

Für Gute Arbeit und Beschäftigung

Der Kreis – Politik und Verwaltung—tragen auf kommunaler Ebene Verantwortung für das Bestehen und die Ansiedlung von Betrieben im Kreisgebiet. Der DGB fordert in diesem grundsätzlichen Feld tarifgebundene Arbeit, Gesundheitsschutz und Mitbestimmung bei den Arbeitsplätzen im Kreis.

Als Gesellschafter und Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises trägt der Kreis direkte Verantwortung in diesem Bereich. Auch gegenüber allen kommunal Beschäftigten besteht diese Verantwortung. Diese Verantwortung ist auch öffentlich darzustellen.

Der DGB hat im Bereich Arbeit folgende Forderungen:

1. Tarifbindung für alle Beschäftigten im Kreis
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
3. Ansiedlung von produzierendem Gewerbe
4. Schaffung von Ausbildungsplätzen
5. Beschäftigung von Schwerbehinderten
6. Einhaltung und Kontrolle des Tarifreuegesetzes bei Auftragsvergaben
7. Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen für Menschen mit geringer Qualifizierung

Für Armutsbekämpfung und Integration

Im Kreis Hzgt. Lauenburg gibt es Kinder-, Erwerbs- und Altersarmut. Von dieser Feststellung ausgehend, ist es dem DGB wichtig, das öffentliche Bewusstsein für dieses gesellschaftliche Problem zu schärfen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie die steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten treiben Menschen auch in unserem Kreis in die Armut.

Der DGB fordert deshalb:

1. Kommunalen Wohnungsbau, Bereitstellung von Sozialwohnungsbau
2. Erhalt und Schaffung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
3. Erarbeitung eines Armuts- und Reichtumsberichtes für den Kreis
4. Erhebung der Obdachlosenzahlen sowie ein Unterbringungskonzept für diesen Personenkreis
5. Verstärkung der Heimaufsicht

Für Bildung und eine Jugendberufsagentur

Der DGB-Kreisverband Lauenburg fordert den Druck und die Forderungen an Land und Bund zu erhöhen, um die Bildungschancen für alle Kinder im Kreis stetig zu verbessern – eine bessere Ausstattung der Schulen mit Personal und Materialien.

Wir fordern:

1. Druck auf Land und Bund in Bezug auf Gebühren- und Kostenfreiheit für Bildung, beginnend mit der Kita
2. Mehr Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit
3. Perspektivbildung für gering- und mangelqualifizierte Kinder und Jugendliche
4. Förderung für Erwachsene mit Lese- und Schreibdefiziten
5. Intensive Ausbildungs- und Berufsberatung und deren finanzielle Förderung
6. Angemessene Finanzierung kommunaler Qualifizierungsgesellschaften
7. Unterstützung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer

Der DGB fordert die Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Kreis Hzgt. Lauenburg. Diese Agentur kann nach unserer Ansicht nur erfolgreich agieren, wenn Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jobcenter und Jugendgerichtshilfe gemeinsam Verantwortung übernehmen. Diese Institutionen müssen zusammengeführt werden. Der Kreis sollte hier eine energische Förderrolle übernehmen.

Für Gleichstellung und Toleranz

In der Gleichstellungspolitik besteht die stetige Forderung nach paritätischer Besetzung aller kommunalen Verwaltungen und Gremien.

Um Frauen für die Übernahme von kommunalpolitischen Aufgaben zu gewinnen, ist deren Unterstützung zu intensivieren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Hzgt. Lauenburg fordert abschließend, dass sich Verwaltung und Politik im Kreis eindeutig gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen wenden – mit Wort und Tat.